



Militarischer Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bezugspreis monatlich 1.66 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Großdruck Nr. 50 bei der Oberamtskanzlei Reutlingen Zweigstelle Wildbad. — Druckerei: Enztaldruckerei & Co., Wildbad; Württembergischer Verlags- und Druckereibetrieb (Halle) Wildbad. — Postfach Nr. 211 Stuttgart.
Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Beleg 10 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklameweile 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Zustellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgründung weg.
Druck, Verlag u. Vertrieb: Schriftleitung: Theodor Wolf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 96, Tel. 479. — Wohnung: Villa Habertus

Der „konstruktive Plan“

Der französische Ministerrat unter Vorsitz des Staatspräsidenten hat am Montag den neuen französischen „Sicherheits- und Abrüstungsplan“, oder wie er auch genannt wird: den „Plan zur Organisation des Friedens“ genehmigt. Havas veröffentlichte darauf einen Auszug, der noch keine Einzelheiten enthält, im übrigen aber in der Hauptsache das bestätigte, was man bisher über den Plan erfuhr. Der erste Eindruck, der gewöhnlich auch der richtige ist, ist der, daß Deutschland allen Grund hat, diesem Plan gegenüber äußerst vorsichtig zu sein. Die diplomatischen Verhandlungen müssen ergeben, ob die Gegenseitigkeit der Verpflichtungen wirklich so aussehen wird, wie es die unbedingte Gleichberechtigung Deutschlands erfordert.

Frankreich schlägt, wie die Mitteilung bezeugt, die Schaffung einer militärischen Organisation (Militz) vor, die eine „Angriffspolitik erschwere“, die aber „für jede Gegend einen besonderen Charakter“ tragen müsse. Nur so könne die deutsche Forderung der Gleichberechtigung erfüllt werden — wobei jeder Gedanke an eine Aufrüstung übrigens ausgeschlossen sei. Die Heere sollen allmählich auf die einheitliche Form eines nationalen Heeres mit kurzfristiger Dienstzeit und beschränktem Mannschaftsbestand gemacht werden, wobei aber die besonderen Verhältnisse eines jeden Staats, so namentlich die Ungleichheit und Verschiebenheit der Rekrutierungsquellen zu berücksichtigen seien, ebenso die militärische Ausbildung der politischen Verbände, die Bedeutung der (Schutz-)Polizei usw. Diese Nationalheere würden kein starkes modernes Kriegsgewehr erhalten. Hilfstruppen, die einem bedrohten Staat durch den Völkerbund gegeben werden, seien dagegen mit starkem Kriegsgewehr auszurüsten.

In jedem Staat soll unter der Aufsicht des Völkerbunds Kriegsmaterial aufbewahrt werden, das dem angegriffenen Staat zur Verfügung gestellt werden soll. Von Interesse ist dann allenfalls noch die Forderung eines Mittelmeervertrags, der die Sicherheit Frankreichs und des Transports seiner farbigen Kolonialtruppen auch nach dieser Seite gewährleisten soll. Bei den Flottenstreitkräften soll möglichst das gegenwärtige Stärkeverhältnis aufrechterhalten werden.

Der Standpunkt der Reichsregierung

Berlin, 15. Nov. Nach Beurteilung der zuständigen deutschen Stellen charakterisiert sich der französische Plan durch seinen Aufbau von vornherein nicht als ein Abrüstungsplan, sondern als ein Plan zur politischen Organisation Europas nach den bekannten französischen Gesichtspunkten. Es sind in neuer Form die alten Gedanken des Genfer Protokolls, die hier wieder aufgenommen werden und die schließlich auf die Befestigung der durch den Versailler Vertrag erzwungenen Abrüstung hinauslaufen. Dabei enthält der Plan zwei wesentliche logische Konstruktionsfehler: Er verwechselt einmal Maßnahmen, die sofort verwirklicht werden könnten und müßten, mit solchen, deren Durchführung lange Zeit erfordern würde. Ferner macht er Sicherheitsvorläufe, die eine bereits vollzogene allgemeine Abrüstung und einen gewissen Rüstungsausgleich zwischen allen Staaten zur Voraussetzung haben müßten. Die Frage der deutschen Gleichberechtigung wird in dem französischen Plan vollständig offen gelassen. Die Verwirklichung unserer Ansprüche wird in eine ungewisse Zukunft verschoben, wenn auch eine Art Rahmen dafür durch die Bestimmung geschaffen ist, daß in allen Staaten dieselbe Heeresform zur Durchführung gelangen soll.

Zu den einzelnen Punkten des Planes ist folgendes zu bemerken: Soweit das Kapitel 1 des französischen Planes in Frage kommt, sind hier nach wie vor die in Anlage F zum Locarnovertrag festgelegten Vorbehalte von Bedeutung, die sich auf die besondere militärische und geographische Lage Deutschlands beziehen und die sich in diesem Jahr viele Staaten zu eigen gemacht haben.

Die voraussetzende englische Ablehnung einer Erweiterung des Sanktionsystems hat die französische Regierung dazu geführt, zum Kernpunkt ihres Sicherheitsystems den europäischen kontinentalen Nichtangriffspakt zu machen. Hier erheben sich alle die Bedenken, die deutscherseits seit Jahren gegen ein solches System geltend gemacht worden sind.

Die politische Vorherrschaft, gegründet auf militärische Überlegenheit einzelner Staaten und Staatengruppen wird hier verewigt. Das französische Bündnisystem wird in Völkerbundsform geheiligt, wobei das ganze System von demjenigen Staat als bequemeres Instrument gehandhabt werden kann, der sich mit seinen Trabanten im Völkerbundsrat eine einfache Mehrheit zu schaffen vermag. Besonders charakteristisch für die französische Einstellung ist dabei die Einzelbestimmung über „bestehende besondere Vereinbarungen.“ womit natürlich die Demilitarisierung des Rheinlandes gemeint ist, die mit allen sich daran knüpfenden militärischen Konsequenzen in Geltung bleiben soll.

Die Vereinheitlichung oder Standardisierung der europäischen Festlandheere ist wohl der einzige gesunde Gedanke, den der französische Plan enthält. Deutscherseits besteht kein

Tagespiegel

Der Reichskanzler ist am Dienstag nachmittag von Dresden wieder in Berlin eingetroffen.

Der Reichskanzler wird wegen der Reise nach Süddeutschland am Donnerstag dem Reichspräsidenten über die Besprechungen mit den Parteiführern, die am Mittwoch wieder aufgenommen werden, nicht vor Montag berichten können. Politische Entscheidungen können daher erst in nächster Woche fallen.

Der stellv. Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, hatte eine Unterredung mit Dr. Brecht, um die neue Besprechung des Reichskanzlers mit Ministerpräsident Braun vorzubereiten.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Weis und Breitscheid werden der Einladung des Reichskanzlers zur Besprechung am Mittwoch nicht Folge leisten.

Grund, diesen Punkt und den damit verknüpften Vorschlag eines besonderen Völkerbundsheeres abzulehnen.

Sehr zweideutig sind die Ausführungen über die Sonderrechte und Sonderstellung der Kolonialmächte, die anscheinend ihre Kolonialheere nicht oder nicht wesentlich abzurüsten brauchen. Der größte Teil des französischen Kolonialheeres von 250 000 Mann langgedienter Truppen ist nur wenige Dampferstunden von dem französischen Mutterlande entfernt, zum Teil ist er sogar in Frankreich garnisoniert.

Völlig grotesk mutet der Vorschlag an, das den Militzheeren zu entziehende schwere Material unter einer nominellen Völkerbundsaußsicht in den einzelnen Ländern selbst zu lagern und jedem Staat nach seinem Ermessen, falls er sich angegriffen fühlt, wieder zur Verfügung zu stellen. Daß auch andere angegriffene Staaten auf dieses Material zurückgreifen können, ist sinnlos, da ja doch die Angehörigen eines Militzheeres mit schwerer Artillerie, an der sie nicht ausgebildet wurden, und mit Flugzeugen nichts anzufangen wissen. Auf diese Weise will Frankreich es vermeiden, seine ungeheuren Mengen schweren Materials durch Zerstörung, die Deutschland hundertprozentig durchführen mußte, auch nur zu vermindern. Es sichert sich damit eine Überlegenheit auf dem Gebiete der qualitativen Rüstungen, die dazu dienen muß, die Ungleichheit, die wir bekämpfen, zu verewigen.

Unklar formuliert ist die an sich durchaus begründbare Forderung nach einer internationalen Überwachung der Waffenfabrikation. Was die Überwachung mit Investitionsrecht anlangt, die der Plan fordert, so wird diese deutscherseits nicht grundsätzlich abgelehnt, wohl aber auch deutscherseits gefordert, daß eine solche Überwachung gleiches Recht, gleiche Beschränkungen und gleiche Pflichten zur Voraussetzung hat.

Alle Gesichtspunkte einer durchgreifenden und radikalen Abrüstung fehlen völlig. Es ist keine Rede von einer Abschaffung der Schiffe über 10 000 Tonnen und der Luftflotte.

Zur Abrüstung der Luftstreitkräfte wird nur Bekanntes wiederholt.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Abrüstungswirkung des französischen Planes, wenn er angewendet würde, recht geringfügig sein müßte. Die nächste Wirkung wäre jedenfalls eine Verzögerung der wirklichen Abrüstung auf längere Zeit. Der Plan ist auch in seinem beisehenden militärischen Teil vollkommen auf die französischen Bedürfnisse und die Entwicklung des französischen Heeres zugeschnitten, das auf dem Weg einer fortschreitenden Verkürzung der Dienstzeit nunmehr an der Militzgrenze angelangt ist. Der Plan sieht vor, daß andere Staaten dem französischen Beispiel folgen sollen, um den Abstand, der zwischen dem französischen und anderen Heeren besteht, aufrechtzuerhalten. Tatsächliche Gleichberechtigung und die Sicherheit, die aus der allgemeinen Abrüstung entspringt, wird anderen Staaten nicht gewährt. Diese werden auf juristische Sicherungen verwiesen, sowie auf den Schutz, den ihnen die französischen Heere auf Grund des Artikels 16 der Völkerbundscharten zuteil werden lassen würden. Damit soll die politische Vorherrschaft, wie sie sich aus der militärischen Wehrmacht ergibt, verewigt werden. Das Fehlen von bestimmten Vorschlägen für die Verminderung der militärischen Kräfte muß auf das schwerste enttäuschen.

Es ist vorauszusetzen, daß bei Befolgung des französischen Vorschlags eine fünfjährige Abrüstungskonferenz an Stelle einer fünfjährigen Abrüstungsetappe treten würde. In Paris hat man, offenbar im Gegensatz zu London, wo ein gewisses Verständnis für die Notwendigkeit zutage getreten ist, noch immer nicht Sinn und Zweck der Abrüstungskonferenz erkannt. Es bleibt abzuwarten, was die amerikanische Regierung, die die heute so brennend gewordene Frage der interalliierten Schulden mit der Abrüstung in Zusammenhang gebracht hat, hierzu zu sagen haben wird. An dieser Frage der Regelung der interalliierten Verschuldung ist aber die ganze Welt nicht weniger interessiert wie an der Abrüstung selbst.

Der Verband Deutscher Waren- und Kaufhäuser ist aus der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels ausgestiegen. Dies entspricht dem öfters geäußerten Wunsch des größten Teils des Einzelhandels.

Das Büro der Abrüstungskonferenz trifft am Donnerstag nachmittag zusammen, um eine Erklärung des englischen Außenministers Simon über die Vorschläge der englischen Regierung entgegenzunehmen.

Das englische Unterhaus hat mit 200 gegen 42 Stimmen die am 21. Oktober vom Schahamt verfügte Verlängerung der Eisen- und Stahlzölle auf zwei Jahre bestätigt.

Roosevelt hat die Einladung Hoovers zu einer Besprechung der Kriegsschuldenfrage angenommen. Der Tag ist noch nicht bestimmt.

Trotski ist mit seiner Familie von Konstantinopel, wo ihm der längere Aufenthalt verweigert wurde, nach Kopenhagen abgereist.

Deutsche Pressestimmen

Berlin, 15. Nov. Die „Voss. Ztg.“ bezeichnet als das Gesamtcharakteristikum neben der Verquickung von Prestigekennern, die auf ganz verschiedenen Ebenen liegen, die mangelnde Durchsichtigkeit des Wortlaufs. Der Plan lautet einfach, von weiten Teilen des deutschen Volks abgelehnt zu werden, wenn nicht die gerechte Lösung für die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung von französischer Seite noch etwas hart herausgestellt werde. Er enthält viel zu viel Vorbehalte und Bedingungen, als daß ein oft enttäuschtes Volk daraus Hoffnungen schöpfen könnte; er ist nicht genügend einfach militärisch, um durchführbar zu erscheinen. Es bedürfte eines klaren deutschen Gegenprogramms, das wohl an den Grundgedanken der Militz anknüpfen könnte, aber im übrigen den berechtigten eigenen Sicherheitsforderungen zu entsprechen habe.

Die „Germania“ bemängelt ebenfalls, daß der Plan nicht durch die Klarheit wie der Hoover-Vorschlag auszeichne. Er nehme auch nicht die materielle Abrüstung, sondern die Erweiterung der vertraglichen Sicherungen zum Ausgangspunkt und es sei eine Neuauflage des Genfer Protokolls von Jahr 1924. Deutschland werde nicht das einzige Land sein, das diesen französischen Plan für unannehmbar erklären werde. Es sei zu hoffen, daß dieser französische Plan nur eine erste unverbindliche Vorlage darstelle, und daß die Engländer mit ihren Vorschlägen den europäischen Notwendigkeiten besser Rechnung tragen werden.

Die „D.Z.“ hält es für völlig unmöglich, daß Deutschland sich mit Formulierungen zufrieden gebe, die kein juristisches Anrecht auf Gleichberechtigung weiter bestreiten und mit dem Begriff der „verbotenen Aufrüstungsarbeiten“ über nur das Bestehen einer politischen Frage und einer Gleichheit der Heeresform zuzubilligen. Sehr bedenklich sei auch, daß nur von einer „fortschreitenden Vereinheitlichung des Rüstungsmaterials“ die Rede sei. Unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Abrüstungspolitik und im Hinblick auf die weiteren Genfer Beratungen sei ein Punkt bereits leicht mit voller Klarheit festzustellen: eine Regelung der Gleichberechtigungfrage sei völlig undenkbar auf rein empirischem Wege. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir uns etwa fügen sollten, daß auf Grund des französischen Planes und einiger Andeutungen, die er enthalte, im Verlauf von künftigen Verhandlungen die Gleichberechtigung herauszutrotzieren sei, gemissermaßen als Schlusspunkt der ganzen Angelegenheit. Die Verhandlungen, für die der französische Plan zweifellos eine Grundlage biete, könne nur zu einem Ziele führen, wenn vorher die Anerkennung der Gleichberechtigung erreicht sei.

Der „Tag“ spricht von „Herriots Sabotageplan“ und der Eröffnung der „Generalkonferenz gegen Abrüstung und Gleichberechtigung“. Der „Tag“ ist überzeugt, daß der nunmehrige „Plan Herriots“ im Grund gar keinen anderen Zweck habe, als die ganze „Abrüstung“ zu sabotieren und sie samt der deutschen Gleichberechtigung zu hintertreiben.

Pariser Stimmen

Paris, 15. Nov. „Echo de Paris“ bezeichnet den Plan als ein Gedankensystem, das lediglich das Denken befriedigt, mit den praktischen Forderungen aber nur zufällige Berührungspunkte aufweise. — „Avenir“ nennt den Plan verworren. Am bedenklichsten sei, daß alle Friedensverträge über den Haufen geworfen werden sollen. Frankreich müsse „hart“ bleiben und sich als „starkes Land“ unmittelbar mit Deutschland auseinandersetzen. — „Republique“ meint, Frankreich weise in dem Plan Deutschland Wege, wie die „Gleichberechtigung“ (im französischen Sinne) verwirklicht werden könne.

Die englische Presse

London, 15. Nov. Der liberale „News Chronicle“ sagt, bei den Vorschlägen blieben u. a. wesentliche Punkte unklar, z. B. die Frage des Umfangs der Heere mit kurzer Dienstzeit und die der Kolonialtruppen. — „Morningpost“ bemerkt, der Plan ordne alle anderen Erwägungen dem Gedanken unter, die Gefährdung der Sicherheit auf dem euro-

päischen Festland zu befehlen. Es sei allerdings fraglich, ob der Völkerverbund fähig sein werde, im Notfall mit genügender Schnelligkeit und Einigkeit zu handeln und ob Großbritannien bereit sein werde, an dem vorgeschlagenen Mittelmeervertrag teilzunehmen. — „Daily Telegraph“ stellt fest, daß die zur Begriffsbestimmung des „Angreifers“ empfohlene Methode mit der britischen Auffassung in Widerspruch stehe. Das gleiche gelte von den Vorschlägen über Zwangsmassnahmen gegen einen Angreifer. Die britische Regierung werde sich das Recht vorbehalten, darüber zu entscheiden, ob sie zum Krieg schreite und, wenn ja, mit welchen Mitteln. — „Times“ schreibt, der französische Plan enthalte einige Punkte, die schwerlich als annehmbar betrachtet werden können. Es brauche aber kein endgültiges Hindernis gegen eine Verschmelzung der Vorschläge Frankreichs, Großbritanniens und Amerikas über einen Plan der Rüstungsverminderung und Begrenzung zu bestehen. Ein solcher Plan sollte überdies von Anfang an der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung Genüge tun, indem er keine dauernde Unterscheidung in qualitativer oder quantitativer Beziehung zwischen dem deutschen Wehrsystem und dem anderer Nationen mache. Die tatsächliche Angleichung könne natürlich nur schrittweise vor sich gehen.

Der Sieg des Saardeutschtums

99,6 v. H. für Deutschland

Die Gemeinderatswahlen im Saargebiet am Sonntag haben der Saarbevölkerung wieder einmal Gelegenheit gegeben, ein eindeutiges Bekenntnis zu ihrem deutschen Vaterland abzulegen. In all den Orten, in denen der „Saarbund“ etwas erhofft, hatte man französischenfreundliche Listen aufgestellt. Wenn man jetzt die Antwort der Saarbevölkerung sieht, so kann man nur feststellen, daß alle Erwartungen noch übertraffen worden sind. Von insgesamt etwa 330 000 Stimmen sind 1341 für die Listen der sogenannten Unabhängigen Arbeiter- und Bürgerpartei abgegeben worden, also nur 0,4 v. H. Die übrigen 99,6 v. H. haben für Deutschland gestimmt; eine wirklich glänzende Vorabstimmung für 1935.

Die Saarbevölkerung hat damit zu erkennen gegeben, daß alle wirtschaftlichen und politischen Nöte des deutschen Vaterlands und alle wirtschaftlichen Bedrückungen der Fremden Beherrscher des Saargebietes sie in ihrer Treue zum deutschen Vaterland nicht wankend machen konnten. Dabei bleibt noch zu bedenken, daß in diesen geringen Zahlen einige Hunderte von Stimmen enthalten sind, die von landfremden und zugewanderten Franzosen abgegeben wurden, die 1935 noch nicht einmal abstimmungsberechtigt sind. Im Kreis Saarlouis, auf den Frankreich besonderen Anspruch erhebt, entfielen von 64 000 Stimmen auf die Saarbündler nur rund 400 Stimmen gleich 0,6 v. H. In dem von Frankreich besonders begehrten Warndtgebiet entfielen von 5800 Stimmen nur 125 auf Saarbündler gleich 2,1 v. H. Wenn man davon diejenigen abzieht, die 1935 nicht abstimmen dürfen, weil sie erst nach 1919 aus Frankreich oder als Flüchtlinge aus dem Rheinland zugezogen sind, so bleibt nicht mehr viel übrig. Insgesamt erzielten die Saarbündler in sieben Orten je ein Gemeinderatsmandat. Von den insgesamt 4300 saarländischen Gemeinderatsmitgliedern entfielen damit sieben gleich 1,6 vom Tausend auf die Saarbündler und deren Anhang. Kläglich konnte der verfluchte Einbruch in die deutsche Einheitsfront der Saarbevölkerung gewiß nicht scheitern.

Neue Nachrichten

Der Wettlauf um Hauptmann

Berlin, 15. Nov. Heute vormittag begab sich der preussische Kultusminister Grimme in Begleitung von Ministerialdirektor Dr. Brecht zu Gerhart Hauptmann und überreichte ihm die Verleihungsurkunde für die Große Preussische Staatsmedaille. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

„Die preussische Staatsregierung hat auf Vorschlag des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einstimmig beschlossen, Deutschlands und Preußens großem Sohn Gerhart Hauptmann als Dank für sein Lebenswerk, in dem sich das Recht Bahn bricht gegen die Gewalt, der Geist gegen Hochmut und die Seele gegen alles, was die Seele tötet, zu seinem 70. Geburtstag die Große Preussische Staatsmedaille für Verdienste um den Staat zu verleihen. Berlin, den 15. November 1932. Das preussische Staatsministerium, gez. Braun, Grimme.“

Gerhart Hauptmann dankte mit bewegten Worten für diese Ehrung. — WdZ. meldet dazu, die (alte) Staatsregierung sei der Meinung, daß sie allein zu einem solchen

hoheitsakt berechtigt sei und daß allenfalls in ihrem Auftrag die kommissarische Regierung die Medaille überreichen könnte. Bei der Feier im Staatlichen Schauspielhaus ist die alte Regierung nicht vertreten.

Reichspräsident v. Hindenburg hat Gerhart Hauptmann die höchste Auszeichnung des Reichs, den Adlerschild, verliehen.

Regierung Braun und Schauspielhaus-Feier

Berlin, 15. Nov. Vom preussischen Staatsministerium wird dem Nachrichtenbüro des WdZ mitgeteilt: Die preussischen Staatsminister nehmen heute an der Festaufführung für Gerhart Hauptmann im Staatstheater nicht teil, weil sie es nicht für richtig halten, im preussischen Staatstheater als Gäste der Reichsregierung einer ohne ihre Mitwirkung eingeleiteten Aufführung beizuwohnen und Preußen festlich zu repräsentieren, bevor sie an ihre verfassungsmäßigen Ämter und Arbeiten wieder eingeseht sind.

Die Staatsregierung stellt im übrigen fest, daß die verfassungsmäßige Staatsregierung Preußens in das preussische Staatstheater erst am Sonntag nachträglich eingeladen wurde, nachdem die übrigen Gäste, darunter die ausländischen Missionen und die Vertreter aller anderen deutschen Länder längst ihre Einladung erhalten hatten.

Der preussische Kultusminister Grimme wird als Vertreter der preussischen Staatsregierung der Aufführung in der Volksbühne beiwohnen.

Warmbold vor dem Einzelhandel

Berlin, 15. Nov. Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hielt heute vor der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels eine Rede, in der er auf die ersten Anzeichen einer Besserung nach jahrelanger Krise hinwies. Man dürfe die berechtigte Hoffnung haben, daß diese Besserung auch in den nächsten Monaten anhalten werde und daß, wenn keine besonderen Ereignisse eintreten, im kommenden Frühjahr ein noch deutlicher sichtbarer Umschwung in der Wirtschaftslage der wichtigsten Länder und auch Deutschlands eintreten werde. Diese ersten Keime der Hoffnung müssen aber sehr pfleglich behandelt werden. Auf dem Weltmarkt haben schon vor einigen Monaten die Rohstoffpreise eine Besserung erfahren. Die Lagerbestände in der Welt steigen nicht mehr an, Erzeugung und Verbrauch seien zum Ausgleich gebracht und die Lagerbestände können daher das erreichte Niveau bewahren. Die Geldmärkte seien außerordentlich verflüssigt. Die Wirkung des niedrigen Reichsbankdiskonts auf den Kapitalmarkt habe sich auch in letzter Zeit bemerkbar gemacht. Die Kurse der festverzinslichen Papiere sind gestiegen und das sei das beste Zeichen dafür, daß auch der Kapitalmarkt eine Belebung erfahre, die die Vorbereitung für den wirtschaftlichen Aufschwung darstelle. Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung hat daher den richtigen Zeitpunkt erfaßt. Die Reichsregierung und die Reichsbank werden an der Währung nicht rütteln. Auf dieser Grundlage besteht auch für den Einzelhandel keinerlei Risiko, sich in das allgemeine Belebungsprogramm der Reichsregierung auf der ganzen Linie einzuschalten.

Die Novelle, in der eine wirksamere Bekämpfung der Auswüchse im Hausier- und Wandergewerbe vorgesehen ist, befindet sich schon seit einiger Zeit im Reichsrat. Zu dieser Novelle ist in jüngster Zeit noch eine Ergänzung vorgeschlagen und von der Reichsregierung angenommen worden, die die Möglichkeit geben soll, unzuverlässige Elemente des Handels durch Entziehung der Handelslaubnisse auszuscheiden.

Die ganze Nacht für Hitler

München, 15. November. In einem Artikel in der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz fordert Gregor Straher aufs neue die Einschaltung des Nationalsozialismus in die Staatsführung „und zwar ganz ohne Widerspruch, ungekettelt und uneingeschränkt, garantiert allein durch den Entschluß des Schöpfers und Führers der Bewegung, Adolf Hitler“.

Der Reichszankler in Schlesien

Breslau, 15. Nov. Wie jetzt bekannt wird, traf der Reichszankler am Samstag auf Einladung des Grafen zu Culenburg auf Schloss Schlanitz bei Breslau ein. Dort waren auch der Präsident der preussischen Landwirtschaftskammer, Brandes, der Präsident der bayerischen Landwirtschaftskammer v. Flemming und andere Herren eingetroffen. In Breslau sprach der Reichszankler in einem geschlossenen Kreis.

Lechte Feststellung für Berlin

Berlin, 15. Nov. Der Stadt Berlin war bekanntlich von der kommissarischen preuss. Regierung die Auflage gemacht worden, ihren übermäßigen Verwaltungsaufwand einzuschränken, Verwaltungsbezirke zusammenzulegen usw. Die Stadt hat sich mit der Reform nicht beiläufig. Der von der Regierung verlangte Bericht des Oberbürgermeisters Dr. Sahm war bis zur gestellten Frist noch nicht zustand gekommen. Auf sein Ersuchen wurde die Frist bis 15. November 1932 verlängert, aber auch jetzt wurde noch kein Bericht vorgelegt. Auf Befürworten des Oberpräsidenten hat nun der kommissarische preussische Innenminister die Frist noch einmal bis 1. Dezember verlängert, zugleich aber erklärt, daß es eine weitere Verlängerung nicht gebe.

Risikofreier Landfriedensprozess

Hildesheim (Hannover), 15. Nov. Am 10. Juli ds. J. kam es in Alfeld zu schweren Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten. In den letzten Tagen standen zahlreiche Angeklagte vor der Großen Strafkammer. Auf Seiten des Reichsbanners bzw. der Eisernen Front wurde der Angeklagte Bause zu 1 Jahr 1 Monat 10 Tagen Zuchthaus, zwei Angeklagte zu 2 bzw. 1 Jahr, eine Reihe weiterer zu 4—8 Monaten Gefängnis verurteilt, 7 wurden freigesprochen. Von den Nationalsozialisten wurden sechs zu 6—8 Monaten, weitere zu 2 Wochen bis 4 Monaten Gefängnis verurteilt, zwei freigesprochen.

Polizeikommissar Marks erneut zwangsbeurlaubt

Cutin, 15. Nov. Polizeikommissar Marks, der, wie gemeldet, am Montagabend ein Telegramm des oldenburgischen Staatsministeriums erhielt, durch das seine Dienstenthebung aufgehoben wurde, hat bereits am Dienstag früh vom Regierungspräsidenten Boehmcker den Bescheid erhalten, daß er bis zur rechtmäßigen Entscheidung eines Disziplinarverfahrens zwangsbeurlaubt werde und sich jeder Dienstausübung zu enthalten habe. Regierungspräsident Boehmcker soll, wie verlautet, telegraphisch nach Oldenburg gerufen worden sein.

Die Marks vorgeworfene „Gehorsamsverweigerung“ bestand darin, daß er es ablehnte, auf Weisung des Regierungspräsidenten zwei preussische Kriminalbeamte zu verhaften, die im Einverständnis mit Bürgermeister Dr. Stoffregen in Cutin in der Untersuchung eines Bombenanschlags arbeiteten.

Das 13. Todesopfer der Genfer Unruhen

Genf, 15. Nov. Am Montagabend starb im Krankenhaus der 37 Jahre alte Lehrer Reitz, der bei den Unruhen in Genf am 9. November einen Kopfschuß erhalten hatte. Damit steigt die Zahl der Todesopfer der Unruhen auf 13.

Ueberfall im Kenya-Gebiet

London, 15. Nov. Angehörige eines südafrikanischen Stammes haben, wie „Times“ meldet, bei einem Einfall in das Gebiet von Kenya (früher Deutsch-Ostafrika), 150 Angehörige des dort ansässigen Galla-Stammes getötet, eine Anzahl Einwohner fortgeschleppt, Dörfer zerstört und Vieh geraubt. Die Angreifer waren mit Gewehren ausgerüstet, ihre Opfer nur mit Speeren. Der Ueberfall hat sich östlich des Rudolfsees abgepielt.

Aufstand in Honduras

Tegucigalpa, 15. Nov. Im Norden der mittelamerikanischen Republik ist ein Aufstand des liberalen Parteiführers ausgebrochen, der bei der letzten Präsidentschaftswahl durchgefallen war. Die Aufständischen, die von dem General Bustio Umana befehligt werden, haben mehrere Städte besetzt. Nach zwölfstündigem Kampf, in dem es einige Hundert Tote gegeben haben soll, wurde auch die Stadt Nacaoma eingenommen, so daß den Aufständischen der Weg nach Süden offensteht.

Württemberg

Stuttgart, 15. November.

Gedenktag für die Opfer des Weltkriegs. Nach einer Bekanntmachung des Kultusministeriums ist am 19. November in allen Schulen im Rahmen des Unterrichts in würdiger Weise der Bedeutung des Gedenktags für die Opfer des Weltkriegs zu gedenken.

Jubiläum. Peter Prezel, Vorführer bei der Brauerei Dinkelacker, Stuttgart, konnte dieser Tage seine ununterbrochene 40jährige Zugehörigkeit feiern. Seine vorbildliche Pflichttreue und unermüdete Tätigkeit wurde bei diesem Anlaß rühmend anerkannt.

Dort unten in der Mühle

Roman von Stefan Uffsch.

Copyright by Hans Weidlich, Zwickau/Sa.

1. Fortsetzung

Verbreitung verboten.

Karl Stache war nun vollkommen beruhigt. Er stand auf, zog seine Kravatte, die nahe an der linken Seite hing, mit einem Ruck vor die Mitte des Halses, warf sich in die Brust, nahm die schweren Koffer wieder auf und stieg die Treppen hinan.

Im Gewühl der Menschen kämpfte er sich vorwärts. Seine Blicke überfluteten die Köpfe der Reisenden.

Da — endlich . . . Da schimmerte das Abzeichen auf dunklem Tuch. Mit wenigen Schritten stand er vor dem Beamten, bemerkte nicht, wie hinter ihm einige Leute schimpften über sein rabiaties Sichvordrängen, sondern hielt den Beamten an und fragte ihn nach dem Berliner D-Zug. Er erhielt Auskunft und begab sich auf den angegebenen Bahnsteig.

Er hatte noch einige Minuten Zeit. So stand er da und wartete. Die drei Tage waren ihm wie ein Traum. Keine Minute hatte er geschlafen, seinen Vertrag mit dem Gutsheeren gebrochen, keine Löhnung erhalten — einfach alles im Stich gelassen . . . Was war dabei? — Er wäre zu Fuß bis ans Ende der Welt gelaufen, wenn ihn sein Oberleutnant dahin gerufen hätte. Das hätte gar keiner Ueberlegung bedurft.

Die Leute auf dem Bahnsteig setzten sich in Bewegung. Von der Hohenzollernbrücke kam ein mächtiges Rauschen herüber.

Karl Stache blickte dahin und sah, wie sich der Zug langsam in die Halle schob. Offenen Mundes starrte er in die Wagen, sein Herz klopfte rasend schnell, das kommende Ereignis schien ihn zu erdrücken. Den, den er erwartete, verehrte er wie keinen anderen Menschen, in diesen Sekunden hujachten mit aller Deutlichkeit vier Kriegsjahre mit ihren unzähligen Taten an seinem geistigen Auge vorbei, Taten, die ihn, den biederen, ehrlichen und treuen Landmann die höchste Menschlichkeit nicht nur ahnen, sondern zum nievergessenden Erlebnis werden ließen.

Als der Zug hielt, und Stache in der Menschenlut seine Blicke umherschweifen ließ, legte sich plötzlich eine Hand schwer auf seine Schulter.

„Karl, — alter Kerl!! — Da bist Du ja!“

Blickschnell wandte sich Stache um. „Mein Gott, herr Graf!“ — war alles, was er im Augenblick über die Lippen brachte. Der Ausruf war mehr einem Schrei ähnlich — in einer Not ausgestoßen, der alles Beengende und Beklemmende von seinem Herzen warf.

„Ja, ja, da staunst Du, was? . . .“ sagte Graf Possenheim lachend. „Ist recht, daß Du gekommen bist, lieber Junge, — na ja, hätte Dich sonst einfach geholt. Jetzt werden wir wieder zusammen unser Quartier aufschlagen, jawohl, versteht sich, aber wir machen es uns gemüthlicher als es damals war.“

Graf Ag ließ Stachens Koffer und sein eigenes, elegantes Reiseneffaire von einem Gepäckträger tragen, und die beiden gingen den Wartesälen zu. Der ehemalige Oberleutnant war prächtig gelaunt, er stellte Fragen an Stache über dies und jenes und berichtete über seine Herreise.

Stache schritt hochgehobenen Hauptes neben ihm her. Schon allein das Gefühl, daß der Gepäckträger seine massigen

Koffer vor ihm hertragen mußte, erhöhte seinen Stolz. Dann war plötzlich eine räthelhafte Ruhe und ein großes Selbstbewußtsein über ihn gekommen, seitdem Graf Ag an seiner Seite ging. Dessen Anwesenheit hatte ganz von selbst die trostlose Zeit der letzten Jahre in wenigen Minuten verwischt, er fühlte sich wieder in einer Sphäre, in der man wußte, wie Pflichtgefühl zu achten war, — und das bewegte ihn aufs Tiefste.

Er erinnerte sich in diesem Augenblick der Worte wieder, die Graf Possenheim einst zu ihm gesagt, als sie in dem Morast eines Granatrichters lagen, im stärksten Feuer, durchnäht und voll Lehm von oben bis unten, „Stache, wenn wir jemals wieder nach Hause kommen sollten — es ist ja beinahe so gut wie ausgeschlossen —, dann wissen wir, was wir sind . . . Du gehörst ja in sozialer Hinsicht der arbeitenden Klasse an, bist der Untergebenste der Untergebenen. Aber trage den Kopf hoch, hoch bis in den Himmel, das sage ich Dir!“ Bei diesen Worten hatten seine Augen geblüht. „Tue Deine Pflicht, aber lasse jeden merken, wer Du bist, — daß Du Narben trägst, die von Plähen stammen wo zwischen Rauch und Hölle das Geschick der Erde in neue Formen gepreßt wurde!“ Jawohl, das hatte er gesagt. — Sie gingen in den Wartesaal erster Klasse. Der Gepäckträger stellte die Koffer an einen Tisch, er wurde entlohnt und verschwand.

„Nun mach Dir's gemüthlich, Karl“, sagte Graf Ag. „Wir haben noch zwei Stunden Zeit, — dann fahren wir weiter.“

Stache fand das alles in Ordnung. Er fragte nicht: Wohin — woher? — Die Pläne seines ehemaligen Oberleutnants hatten ihre Richtigkeit. Es wurde eben gefahren . . .

(Fortsetzung folgt)

Krankheitsstatistik. In der 44. Jahreshälfte vom 30. Okt bis 5. November 1932 wurden in Württemberg folgende Fälle von gemeingefährlichen und sonstigen übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet: Diphtherie 60 (tödlich 4), Kinderbettfieber 3 (1), Tuberkulose der Lunge und des Kehlkopfs, sowie anderer Organe 9 (12), Scharlach 84 (—), Typhus 1 (1), Typhusverdacht 2 (—), Fleischvergiftung mit Paratyphusbazillen-Befund 1 (—), Spinale Kinderlähmung 1 (—).

Unbegreifliches bei den „Deutschen Wochen“ in Württemberg. Das Organ des Württ. Bauernbundes, die Schwäbische Tageszeitung, schreibt zu der Veranstaltung der „Deutschen Wochen“ in Württemberg: Mit anerkennenswertem Mut hat sich die Frau unseres württembergischen Staatspräsidenten in den Dienst dieser Werbung gestellt und die Deutsche Woche in Stuttgart eröffnet. Unbegreiflich ist aber, was die württembergische Regierung zur Förderung des Absatzes deutscher Ware tut. Sie verbietet nämlich ihren Beamten, in den Deutschen Wochen bei den Vorträgen und Versammlungen zu sprechen, und sie verbietet während der Schulstunden den Schülern den Besuch der Ausstellungen und der Werbefilmvorstellungen. Der erbetene Schulfreitag für den Besuch der Ausstellungen ist abgeschlagen worden. Auch außerhalb der Schulstunden ist es den Lehrern verboten worden, ihre Schüler geschlossen in die Ausstellungen und Werbefilme zu führen. Es liegt die Vermutung nahe, so schreibt das Blatt, daß die Ministerialbürokratie die jeder Verantwortung aus allen Richtungen aus dem Weg gehen will, hier Verfügungen erlassen hat, die vom ganzen schwäbischen Volk mißbilligt werden müssen. Aber auch die Stadt Stuttgart verfährt in der Werbung für die deutsche Ware, denn sie hat jede Beteiligung an der Deutschen Woche abgelehnt mit der Begründung, daß die Werbung für deutsche Ware im Ausland Anstoß erregen könne.

Kunstaussstellung. Herr Hugo Borst hat einen Ausstellungsraum seiner Kunstsammlung in seinem Haus „Sonnenhald“ Gähkopf 3, der Malerin Maria Fehrlé-Gmünd (der Frau von Professor J. W. Fehrlé) zur Verfügung gestellt, die darin in einer Sonderausstellung erstmals eine umfassende Auswahl ihrer Bilder aus der Zeit von 1914 bis 1932 der Öffentlichkeit zeigen will. Diese Sonderausstellung wird am Samstag, den 19. November dieses Jahres, mittags 2 Uhr eröffnet und bis einschließlich Samstag, den 10. Dezember dieses Jahres, täglich, jedoch nicht an Sonntagen, von 14 bis 17 Uhr frei zugänglich sein. Die Sammlung Borst ist, seit sie öffentlich zugänglich ist, von mehr als 4000 Personen besucht worden.

Gegen die Verschleppung der landw. Schuhmaßnahmen. Die Württ. Landwirtschaftskammer hat an den Reichsminister, den Reichsernährungsminister und den Reichswirtschaftsminister nachstehendes Telegramm geschickt: „Die Württ. landw. Organisationen Landwirtschaftskammer, Hauptverband und Genossenschaftsverband verfolgen mit größter Befürchtung die Verhandlungen über die Kontingentierung und die sonstigen Schuhmaßnahmen in Berlin. Sie bitten wiederholt und dringend, eine Verschleppung der Einführung von Schuhmaßnahmen zu vermeiden, da die Veredelungswirtschaft, insbesondere auch die Käse erzeugende Landwirtschaft im Württemberg nur bei sofortiger Hilfe noch zu retten ist.“

Prozeß anlässlich des Uberschwemmungsunglücks in Uhlbach. Vor der 5. Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart fand ein erster Termin in einer Schadensersatzklage statt, die der Witwer der im Juni vorigen Jahres bei dem Uberschwemmungsunglück in Uhlbach ertrunkenen 78 Jahre alten Weingärtnerin Marie Hammer gegen die Gemeinde Uhlbach angestrengt hat. Der Kläger behauptet, die Dolm., in die seine Frau von den Wassermassen hineingerissen wurde, seien durch schädliche Bitter ungenügend gesichert gewesen. Die Gemeinde vertritt den Standpunkt, daß hier ein Fall von höherer Gewalt vorliege, und beantragt die Abweisung der Klage. Der Richter riet zu einem Vergleich. Der Prozeß wurde vertagt, da von beiden Seiten Beweisanträge gestellt wurden.

Das erweiterte Schöffengericht Stuttgart hat, wie die Schwäb. Tagwacht schreibt, den Waiblinger Stadtrat und Steindruckbesitzer Hermann Weisbarth wegen fahrlässiger Tötung infolge Vergehens gegen das keimende Leben an einem jungen Mädchen zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus dem Lande

Ehlingen, 15. Nov. Stadtrat Karl Mayer 70 Jahre alt. Am Mittwoch wird Oberbürgermeister Stadtrat Karl Mayer 70 Jahre alt. Mayer ist in Ehlingen geboren. Auf dem Rathaus ist er seit 1907 ununterbrochen tätig. Im Landtag, dessen Mitglied er als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei von 1928 bis 1932 war, ließ er sich insbesondere die Vertretung von Handwerk und Gewerbe angelegen sein.

Abgehärteter Schwimmer. Am Sonntag vormittag schwamm zur Ueberraschung der Spaziergänger ein Mann nedarabwärts zum Wasserhaus. Dieser abgehärtete Schwimmer ist ein alter Ehlinger. Er hat das fünfzigste Lebensjahr bereits überschritten, nimmt aber bis in den Winter hinein selbst im Eiswasser noch ein Bad im Neckar. Er schwimmt dabei stets eine größere Strecke.

Feuerbach, 15. Nov. Die Unterstützungs-Richt-liche für Erwerbslose. Die seiner Zeit vom Gemeinderat mit 14 gegen 13 Stimmen beschlossene Unterstützungsrichtliche wurden vom Bezirksrat abgelehnt und die von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen angenommen. Außer dem Bedruckung wird noch ein Zuschuß zur Miete,

ferner Brennmaterialien, Kleidung und Schuhe, Krankenhilfe u. a. gewährt. Der im Monat für Unterstüßungsaufwand zu leistende Zuschuß beträgt 60 000 Mark. Auch die vom Gemeinderat beschlossene Herbstbeihilfe kam wegen Mangels an Mitteln nicht zur Auszahlung.

Kornwestheim, 15. Nov. Mißlungener Raubüberfall? Auf der Straße zwischen Kornwestheim und Ludwigsburg wurde heute Nacht die Fahrbahn mit Stangen, Baumstäben und Zaunpfählen verbarrikadiert. Das Hindernis wurde kurz vor 5 Uhr früh von einem Autofahrer und einem Motorradfahrer noch rechtzeitig bemerkt, ohne daß ein Unglück geschah. Während die beiden Fahrer sich daran machten, die Holzteile fortzuräumen, bemerkten sie in der Dunkelheit seitlich der Straße einen Schatten, der offenbar von einem dort stehenden Menschen herrührte. Als sie diesen anriefen und einer der beiden Fahrer auf ihn zuging, sollen von dem Unbekannten zwei Schüsse abgegeben worden sein, die allerdings ihr Ziel verfehlten. Darauf ergriff der Fremde über die Felder die Flucht und entkam in der Richtung nach Albingen zu. Es besteht die Möglichkeit, daß der Täter einen Autounfall herbeiführen wollte, um die Insassen zu berauben.

Leonberg, 15. Nov. Der Amtsverweiser. Der Gemeinderat hat gestern in einer nichtöffentlichen Sitzung von den von der Ministerialabteilung vorgeschlagenen drei Bewerbern Rechnungsrat Diebold aus Stuttgart zum Amtsverweiser gewählt. Der Gewählte steht im 35. Lebensjahr und ist seit mehreren Jahren im Rechnungswesen bei der Postabteilung des Innenministeriums tätig. Seinen Wohnsitz hat er in Kornal-Weilendorf. Der neugewählte Amtsverweiser tritt in den nächsten Tagen sein Amt an.

Erstketten Oll. Marbach, 25. Nov. Bürgermeister Schneider tödlich verunglückt. Auf der Fahrt nach Heilbronn stürzte Bürgermeister Schneider, der auf dem Rücksitz des von seinem Sohn gesteuerten Motorrads saß, bei einem Reifenbruch bei Ilfeld von der Maschine. Die Verletzung schien zuerst nicht gefährlich zu sein. Ins Krankenhaus Badnang verbracht, verfiel Schneider jedoch sofort in Bewußtlosigkeit, aus der er bis zu seinem gestern erfolgten Tod nicht mehr erwachte. Er hatte einen schweren Schädelbruch erlitten.

Schepchingen Oll. Aalen, 15. Nov. Pfändungen bei 51 Landwirten. Letzte Woche hatte der Gerichtsvollzieher von Aalen in unserer Gemeinde bei nicht weniger als 51 Bürgern, meist Landwirten, Pfändung vorzunehmen. Nicht selten nahmen die Schuldner eine drohende Haltung ein. Die Pfändungen sollen nun vorläufig eingestellt und den Betroffenen ein neuer Termin aufgetragen worden sein. Wie man hört, erfolgte diese Aktion wegen rückständiger Steuern aus dem Jahr 1931.

Heidenheim, 15. Nov. Noch nicht ergriffen. Die am Sonntag nach dem Abendessen entsprungenen 26 Jöglinge des hiesigen Fürsorgeheims konnten bis jetzt, mit Ausnahme der zwei in Sönnstetten Aufgegriffenen, noch nicht festgenommen werden. Man glaubt, daß sie inzwischen ihr Ziel, die Stadt Stuttgart, von woher die meisten stammen, erreicht haben und wahrscheinlich dort wieder aufgegriffen werden können.

Mundingen Oll. Ehingen, 15. Nov. 50 Jahre Ortsvorsteher. Am 20. d. Mis. vollendet Bürgermeister Handt sein 50. Dienstjahr als Ortsvorsteher unserer Gemeinde. Bürgermeister Handt erfreut sich trotz seines Alters von nunmehr bald 80 Jahren noch einer guten Gesundheit und kann die Dienstgeschäfte zur vollen Zufriedenheit seiner Gemeindeangehörigen und der übergeordneten Behörden versehen.

Ulm, 15. Nov. Tödlicher Unfall. In der Nacht auf Montag ereignete sich auf der Landstraße Ulm-Weiltingen ein schwerer Unfall. Auf beiden Seiten der Landstraße standen Kraftwagen und bei einem davon mehrere Turner aus Weiltingen. Ein Personenkraftwagen überfuhr zwei von ihnen und flüchtete. Ein anderer Personenkraftwagen nahm die Verletzten auf und verbrachte sie in das Krankenhaus nach Ulm. Die Verletzungen sind schwer. Einer der beiden ist schon gestorben. Auch am den zweiten bestehen ernsthafte Befürchtungen.

Bei der Ortsvorsteherwahl wurde gewählt: In Herranzimmern Oll. Mergentheim Amtsverweiser: Friedrich Dill, Landwirt und fürstl. Forstwart, in Röttenberg Oll. Oberndorf Gemeinderat: Gottfr. Kohler; in Lauterbach Oll. Ehingen der seitberige Bürgermeister Hack.

Aus Bayern, 15. Nov. Ein Todesurteil, das vorerst nicht vollstreckt wird. Im Januar hat das Schwurgericht in Weiden (Oberpfalz) den ledigen Diensthelfer Felix Schieder zum Tod verurteilt, weil er nach der Anklage im Sommer v. J. seinen Bruder, dessen Frau und Kind ermordet hat. Das Urteil beruht, da Schieder kein Geständnis abgelegt hat, auf einem Indizienbeweis. Das bayerische Staatsministerium hat von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht, so daß Schieder in längstens drei Tagen mit der Vollstreckung des Todesurteils hätte rechnen müssen. Aber 24 Stunden später wurde die amtliche Mitteilung der Todesvollstreckung widerrufen und die Exekution vorerst ausgesetzt, da in der Zwischenzeit verschiedene überraschende Momente eingetreten waren, die zur Verfolgung weiterer Personen in der Mordsache geführt haben. Es kommt selten vor, daß ein Todesurteil ausgesetzt wird; im vorliegenden Fall ist aber die einstweilige Nichtvollziehung des Todesurteils zu begrüßen, weil ein Indizienbeweis vorliegt.

Lokales.

Wildbad, 16. November 1932.

Oberlehrer Wörner †. Von seinem täglichen Vormittags-spaziergang, der ihn regelmäßig um die Essenszeit wieder nach Hause führte, ist Herr Oberlehrer i. R. Wörner gestern mittag nicht zurückgekehrt. In großer Sorge um den Achtundsechzigjährigen forschten einige Nachbarn auf Veranlassung seiner Gemahlin nach ihm. Man fand ihn dann nach längerem Suchen in der Nähe des Waldfriedhofs tot auf. Er verschied still und einsam infolge eines Schlaganfalls. Jeder Wildbader kannte den ehrwürdigen Greis im Silberhaar. 1886 kam er hierher von Untergröningen O./A. Gaildorf und ist in unseren beiden Schulhäusern tätig gewesen bis 1924. Dieser Zeitraum umfaßt eine Lebensarbeit, die erstaunlich ist, wenn man bedenkt, wieviele Geschlechter durch seine Hände gegangen sind. Alle 2 Jahre sah er 60 und mehr neue Gesichter. Bis in sein hohes Alter war er im großen Ganzen gesund und besonders geistig rüstig. Auch außerhalb der Schule hat er sich in den Dienst der Stadt u. der Kirche gestellt. In den 80 er Jahren war er lange Dirigent des Bürgergefangensvereins und von 1899—1903 des Niederfranzes. Mehrere Jahre führte er den Kirchenchor und viele Jahre war er Organist an der hiesigen evang. Kirche noch bis vor 3 Jahren. Wie selten einem Lehrer, war ihm ein langer und schöner Lebensabend beschieden. Die Not der Zeit hat zwar manchen Schatten darauf geworfen, besonders während der Inflation. Aber auch in der letzten Zeit der Notverordnungen hat er manches von wohlverworbenen Rechten abbrockeln sehen. Nun hat er seine Ruhe gefunden. Der Tod hat es gut mit ihm gemeint. Seine vielen Schüler und Schülerinnen werden ihm ein gutes Andenken bewahren. W.

Verkehrsbelehrung in den Schulen. Laut einem Erlass des Kultusministeriums sind in der Schule die Kinder über zweckmäßiges Verhalten auf der Straße zu belehren. Die Belehrung der Schüler kann auf Vergängen, Turnmärchen, Schulausflügen, im heimatkundlichen, erdunklichen, naturwissenschaftlichen und Aufsachunterricht erfolgen. Sie soll an praktische Beispiele anknüpfen und bis vorhandenen Verkehrsmerkmale und Anhaltspunkten verworren. Insbesondere sind die Schüler darauf hinzuweisen, daß es gefährlich und verboten ist 1. vor herankommenden Wagen über die Straße zu springen; 2. sich an stehende oder fahrende Fahrzeuge anzuhängen; 3. Steine oder andere Gegenstände gegen Kraftwagen zu werfen; 4. fremde Kraftfahrzeuge zu besteigen oder etwas an ihnen vorzunehmen (Defnen der Bremsen u. dergl.).

Hausmusikpflege. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Berufsverbände zur Förderung der deutschen Hausmusik, an deren Spitze der Präsident der Berliner Akademie der Künste, Professor Dr. v. Schilling, steht, veranstaltet am 22. November innerhalb des ganzen Deutschen Reichs einen „Tag der deutschen Hausmusik“. Auf Weisung des Kultusministers werden an diesem Tag die Schüler im Gesang- und Musikunterricht auf die Bedeutung einer tätigen Hausmusikpflege hingewiesen. Den Schulen wird anheimgegeben, aus Anlaß dieses Tages musikalische Schülervorführungen zu veranstalten.

Warenverkauf in Gast- und Schankwirtschaften. Aus Kreisen des Einzelhandels wird neuerdings wieder besonders nachdrücklich darüber geklagt, daß in Gast- und Schankwirtschaften allenthalben nach Ladenschluß und an Sonn- und Feiertagen ein die Ladengeschäfte schwer benachteiligender Warenvertrieb stattfindet, der nach Inhalt und Umfang nicht mehr als Bestandteil des gast- und schankwirtschaftlichen Betriebs gelten könne. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß in Trinkbuden nach Ladenschluß und an Sonntagen der Warenverkauf an Passanten vielfach so stark sei, daß er den Hauptteil des Umsatzes ausmache, daß ferner in sogenannten Großgaststätten Kasse und Sonderstände für den Verkauf von Tabakwaren, Blumen und Zeitungen errichtet werden, die ohne Behinderung auch Nicht-Gästen zugänglich seien und in sehr beachtlichem Umfang an Nicht-Gäste verlaufen. Die beteiligten Wirtschaftsverbände haben bringen um Abhilfe gebeten. Der Reichswirtschaftsminister hält folgende Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mißstände nicht für erforderlich, da die geschilderten Vorkommnisse schon nach geltendem Recht gezwungenermaßen sind. Entsprechend der Anregung des Reichswirtschaftsministeriums sind nun die Bezirks- und Ortspolizeibehörden ersucht worden, eine schärfere Kontrolle des Warenverkaufs in Gast- und Schankwirtschaften zur wirksamen Bekämpfung dieser Mißstände vorzunehmen.

Ablösung der Gebäudeversicherungsteuer. Durch die Verordnung des Justiz-, des Innen- und des Finanzministeriums vom 24. Oktober 1932 wurde die Frist für die Ablösung der Gebäudeversicherungsteuer im dreifachen Betrag der Jahressteuer für das Rechnungsjahr 1932 bis zum 31. März 1933 verlängert. In der Zeit vom 1. April 1933 bis 31. März 1934 beträgt die Ablösung das Dreieinhalbfache des Jahresbetrags.

Württembergische Landesheater

Das Schauspiel bereitet als nächste Neuheit das Kriminal-Schauspiel „Die Nacht zum 17. April“ vor. Die Inszenierung besorgt Karl Hans Böhm. — Die Bühnenbilder zu Richard Wagner's romantischer Oper „Die Feen“, die am 19. November zur Erstaufführung kommt, entwirft Felix Glosset, die Kostüme Ernst Wis; technische Einrichtung: Fritz Hansing. Inszenierung: Harry Stangenberg.

Jeder Kornkaffee und Malzkaffee
braucht als Zusatz eine gute Kaffeewürze. Das Getränk wird damit voller, kräftiger und wohlschmeckender. Nehmen Sie die bewährte, ausgiebige Kaffeewürze **Mühlen Franck** Zu jedem Kaffee!



